

# BREXIT NEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des  
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000  
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: [dubbert.mathias@dihk.de](mailto:dubbert.mathias@dihk.de) | [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

Mai 2017

Eine Mehrheit der britischen Wähler hat sich im Juni 2016 für den Austritt aus der EU entschieden. Angesichts der tiefgreifenden Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft bündelt der DIHK für Sie mit einem monatlichen DIHK Brexit-Newsletter relevante Informationen.

<b>Thema des Monats</b> .....	2
Brexit erfordert Änderungen am EU-Haushalt .....	2
<b>Wichtige Entwicklungen</b> .....	3
Rat genehmigt Aufnahme der Brexit-Verhandlungen .....	3
EU plädiert für transparente Brexit- Verhandlungen .....	3
EVP-Vorsitzender Weber signalisiert Großbritannien Kompromissbereitschaft.....	3
Europäische Investitionsbank will britische Projekte besonders prüfen.....	3
Juncker sieht Zukunft der 27 Mitgliedsstaaten trotz Brexit positiv .....	4
May stellt Wahlprogramm der Konservativen vor .....	4
Jeremy Corbyn will „managed but fair immigration“ nach dem Brexit.....	4
Liberal Democrats wollen 2. Brexit- Referendum .....	4
Nicola Sturgeon will einen Sitz am Verhandlungstisch zum Brexit.....	5
Wissenschaftlicher Beirat rät zu stufenweisem Brexit .....	5
Mögliche Abkühlung der britisch-irischen Wirtschaftsbeziehungen.....	5
<b>Hintergrundmaterial</b> .....	6
Britische Wirtschaft profitiert von Zuwanderung .....	6
Großbritanniens Regierung muss in Handelspolitik umdenken .....	6
EU Bürger unterstützen harte Linie der EU bei Brexit- Verhandlungen.....	7
EU Unternehmen wollen sich aus Großbritannien zurückziehen.....	7
<b>Ressourcen</b> .....	7

## Thema des Monats

### Brexit erfordert Änderungen am EU-Haushalt

Die EU steht vor großen Herausforderungen: Zum einen sorgt der Brexit dafür, dass sich die EU politisch neu aufstellen muss. Hierfür hat Kommissionspräsident Juncker in seinem Weißbuch über die Zukunft der EU verschiedene Optionen aufgezeigt. Zum anderen belastet er die Neuverhandlung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), der für die Jahre 2021 bis 2027 geplant war, nun aber eine andere Gültigkeitsdauer erhalten könnte. Der MFR umfasst mindestens fünf Jahre. Aus ihm leiten sich die Jahresbudgets ab. Den größten Anteil machen, nach wie vor, die Politikfelder „Landwirtschaft“ und „Angleichung der Lebens-verhältnisse“ aus. Wiederholt hat der DIHK eine geänderte Schwerpunktsetzung gefordert: Mehr Geld für Zukunftsbereiche, die das Wachstum fördern und die einen nachweisbaren europäischen Mehrwert schaffen! Eine stärkere Ausrichtung der – von der EU und ihren Mitgliedern kofinanzierten Förderprogramme – auf Bildung, Forschung und Infrastruktur erleichtert den Staaten mittel- und langfristig das Aufbringen ihres Finanzierungsanteils an der Europäischen Union. Insgesamt ist der Haushalt so gut ausgestattet, dass die – ohne Zweifel auch für die Wirtschaft elementare – Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sowie die innere und äußere Sicherheit finanziert werden können.

Belastet durch den Brexit werden die Verhandlungen dadurch, dass das Budget entweder schrumpfen muss oder Deutschland und andere finanzielle Schwergewichte zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Schließlich verlässt mit dem Vereinigten Königreich 2019 ein Staat die EU, der zuletzt netto ca. 12 Milliarden Euro nach Brüssel überwiesen hat und dessen Finanzierungsanteil auf ca. 15 Prozent gestiegen ist. Nur Deutschland übertrifft es mit einem Anteil von 21 Prozent noch. Seine Brutto-Zahlungen könnten nach 2019 von 32 auf bis zu 40 Milliarden Euro steigen. Die zusätzliche finanzielle Belastung fällt für Deutschland nur dann geringer aus, wenn ein Vorschlag des zuständigen Haushalts-Kommissars Oettinger aufgegriffen würde: Danach finanzieren die verbleibenden EU-27 nicht einfach den bisherigen Standard der EU-28 weiter. Sondern die Finanzierungslücke wird zur Hälfte durch Ausgabenreduzierung aufgebracht.

Im Zusammenhang mit der Finanzierung künftiger Finanzrahmen wird immer wieder auch über eine eigene Einnahmehoheit der EU diskutiert. Das würde im Gegensatz zur Zuweisung von nationalem Steueraufkommen an die EU die Gefahr bergen, dass Bürger und Wirtschaft zusätzliche Belastungen zu schultern hätten. – Die in der Öffentlichkeit bereits intensiv diskutierte „Schlusszahlung“ der Briten wird dem Finanzierungsproblem jedenfalls nicht dauerhaft abhelfen. Der Haushaltsausgleich muss aber strukturell gewährleistet sein. Aus deutscher Sicht erhöht das auf jeden Fall den Druck, die Mittel zukünftig noch effizienter und zielgerichteter einzusetzen.

(Malte Weisshaar)

## Wichtige Entwicklungen

### Rat genehmigt Aufnahme der Brexit-Verhandlungen

Der Rat der Europäischen Union hat am 22. Mai die [Verhandlungsrichtlinien](#) angenommen und der EU-Kommission das Mandat für die Ausstiegsverhandlungen erteilt. Die Richtlinien basieren auf den Empfehlungen der Kommission vom 3. Mai und auf den Guidelines des Europäischen Rats vom 29. April. Die Verhandlungsrichtlinien gelten nur für die erste Phase der Verhandlungen, in denen über die Bedingungen eines geordneten Austritts des Vereinigten Königreichs entschieden wird. Kernthemen hierbei sind die Rechte der Bürger, finanzielle Austrittsregelungen und die Situation in Irland. Die erste Verhandlungsrunde ist für die Woche um den 19. Juni vorgesehen.

### EU plädiert für transparente Brexit- Verhandlungen

Die EU hat am 17. Mai angekündigt, während der Brexit-Verhandlungen auf Transparenz zu bestehen. Dafür wurde ein siebenseitiges Dokument [“Guiding principles for transparency”](#) vom Rat erarbeitet, was Chefunterhändler Michel Barnier im Europäischen Parlament in Straßburg lobend erwähnte. Großbritannien hat im Vorfeld die Position vertreten, die Verhandlungspositionen und Zwischenergebnisse geheim zu halten.

### EVP-Vorsitzender Weber signalisiert Großbritannien Kompromissbereitschaft

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber, hat sich am 16. Mai zum Streit zwischen der EU und Großbritannien um eine eventuelle Austrittsrechnung [geäußert](#). Forderungen von bis zu 100 Milliarden Euro, die Großbritannien an die EU bei einem Austritt begleichen müsse, stehen im Raum. Die Kommission beharrt auf diesen Forderungen, während es aus Londons Sicht keine Rechnung zu begleichen gibt. Weber sagte, da die Positionen klar seien, müssten nun beide Seiten einen „Mittelweg“ finden und Kompromissbereitschaft zeigen.

### Europäische Investitionsbank will britische Projekte besonders prüfen

Die britische Zeitung The Guardian berichtete am 15. Mai, dass die [Europäische Investitionsbank](#) den Entschluss gefasst hat, künftige Projektbewerbungen und Investitionsanfragen aus Großbritannien gesondert zu prüfen. Die Bank begründete diese Entscheidung mit der anhaltenden wirtschaftlichen Unsicherheit, die mit dem Brexit zusammenhängt. Es wurden bereits Überlegungen angestellt, dass Großbritannien nach dem Austritt aus der EU weiter Mitglied der EIB bleiben könnte, dafür müsste die Bank allerdings ihre Satzung ändern. Im letzten Jahrzehnt wurden Kredite an britische Projekte in Höhe von ca. 52 Milliarden Pfund vergeben.

### **Juncker sieht Zukunft der 27 Mitgliedsstaaten trotz Brexit positiv**

In einem [Interview](#) mit den Salzburger Nachrichten am 13. Mai äußerte sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur derzeitigen Lage der Europäischen Union und zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten. Er betonte, dass der neue französische Präsident Emmanuel Macron ein Hoffnungsträger für das gemeinsame politische Projekt sei, nachdem Europa etliche Krisen wie die Finanz- und Migrationskrise, den Brexit oder das Erstarken von Populisten habe erleben müssen. Er lobte die spürbare Einigkeit der verbleibenden Mitgliedsstaaten anlässlich der Feier zum 60. Jahrestag der EU in Rom und sprach davon, dass der Brexit für die verbleibende Gemeinschaft zum „identitätsstiftenden Moment“ werden könnte.

### **May stellt Wahlprogramm der Konservativen vor**

Premierministerin Theresa May stellte am 18. Mai das [Wahlprogramm](#) der Konservativen für die Parlamentswahl am 8. Juni vor. Obwohl das Thema Brexit nicht in der Liste der „five giant challenges“ vorkommt, beeinflusst es die meisten Themen, zu denen die Tories Vorschläge formulierten. So sieht das Programm vor, die Personenfreizügigkeit drastisch einzuschränken, da die aktuelle Nettomigration von 273.000 als viel zu hoch eingeschätzt wird. Die „Immigration Skills Charge“, eine Abgabe von Unternehmen, die Nicht-EU-Staatsbürger beschäftigen, soll sich zudem auf 2.000 Pfund jährlich verdoppeln. Gleichzeitig sprechen sich die Tories für enge und zeitnah zu verhandelnde Freihandelsabkommen mit der EU aus. Zudem wird für die in Europa umstrittene Senkung der Körperschaftssteuer auf 17 Prozent geworben.

### **Jeremy Corbyn will „managed but fair immigration“ nach dem Brexit**

Der Parteivorsitzende der britischen Labour Party, Jeremy Corbyn, hat sich in einem [Interview](#) mit ITV's Tonight programme am 15. Mai für eine faire Einwanderungspolitik seines Landes ausgesprochen. Er wollte sich allerdings noch nicht auf genaue Zahlen festlegen. Außerdem will die Labor Party im Falle eines Wahlsiegs aushandeln, dass Großbritannien die Vorteile des Zugangs zum Binnenmarkt und der Zollunion behält. Das Thema Einwanderungspolitik wird als eines der Hauptwahlkampfthemen für die anstehenden vorgezogenen Parlamentswahlen am 8. Juni in Großbritannien gehandelt.

### **Liberal Democrats wollen 2. Brexit- Referendum**

Im Zentrum des [Wahlprogramms](#) der Liberal Democrats, das Parteivorsitzender Tim Farron am 17. Mai vorstellte, steht die Forderung nach einem erneuten Referendum zum Brexit. Farron betonte, dass er davon überzeugt sei, dass kein Deal so gut sei wie in der EU selbst zu bleiben. Unterstützung für diese Position bekam er u.a. von der Green Party und der Scottish National Party.

### **Nicola Sturgeon will einen Sitz am Verhandlungstisch zum Brexit**

Die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon hat sich am 15. Mai gegenüber der BBC in einem [Interview](#) zu den Parlamentswahlen am 8. Juni geäußert. Um ihre Verhandlungsposition zu stärken, möchte sie einen Sitz am Brexit-Verhandlungstisch. Sturgeons langfristiges Ziel ist, dass Schottland trotz des Brexits in den EU-Binnenmarkt zurückkehren kann - ein Vorschlag, der von Premierministerin May nicht unterstützt wird. Der Austritt aus dem Binnenmarkt würde Schottland wirtschaftlich hart treffen. Die Möglichkeit eines zweiten Unabhängigkeitsreferendums steht deshalb immer noch im Raum.

### **Wissenschaftlicher Beirat rät zu stufenweisem Brexit**

Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums plädiert für eine [Zwischenlösung](#) für die Zeit zwischen dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und dem Abschluss eines neuen Freihandelsabkommens. Der Beirat spricht sich zwar für eine rasche Verhandlung über ein neues Abkommen mit dem Vereinigten Königreich aus, dies werde jedoch längere Zeit in Anspruch nehmen, als die nach Artikel 50 vorgesehenen zwei Jahre. Für die Übergangszeit schlägt der Beirat den vorübergehenden Eintritt Großbritanniens in die Freihandelszone EFTA und den Europäischen Wirtschaftsraum EWR vor.

### **Mögliche Abkühlung der britisch-irischen Wirtschaftsbeziehungen**

Einem Bericht der Nachrichtenplattform Politico zufolge würde eine „harte“ EU- Außengrenze zwischen Nordirland und der Republik Irland negative [Konsequenzen](#) für die irische Wirtschaft haben. Nicht nur der Exportsektor wäre betroffen, sondern auch Produkte, die während des Verarbeitungsprozesses mehrmals standortbedingt die Grenze überqueren müssen. Im Kern geht es darum, dass eng verwobene Zulieferer- und Produktionsketten in der Grenzregion durch eine EU-Außengrenze unterbrochen würden.

## Hintergrundmaterial

### **Britische Wirtschaft profitiert von Zuwanderung**

Der Think Tank Global Future veröffentlichte am 19. Mai eine [Studie](#) zu den potentiell negativen Effekten einer zu niedrigen Nettozuwanderung auf die britische Wirtschaft. Sowohl die Konservativen als auch Labour Party hatten sich im Wahlkampf für eine kontrollierte Einwanderungspolitik nach dem Brexit ausgesprochen. Global Future bemängelt, dass die negativen Konsequenzen einer zu niedrigen Zuwanderung im Wahlkampf nicht thematisiert werden. Nach Ansicht der Autoren zeigen Faktoren wie eine alternde Bevölkerung, strukturelle Veränderungen oder ein langsames Produktivitätswachstum, wie wichtig Einwanderung für die britische Wirtschaft ist. Der Studie zufolge müsste die Nettozuwanderung bei ca. 200.000 jährlich liegen, um den Zusammenbruch von ganzen Wirtschaftssektoren, die jetzt schon unter strukturellen und demographischen Veränderungen leiden, sowie drastische Einschnitte im Sozial- und Gesundheitssystem zu vermeiden. Die Autoren der Studie sprechen sich außerdem dafür aus, den Status von EU-Bürgern in Großbritannien schnellstmöglich zu klären, um einer Abwanderung in Folge des Brexit zuvor zu kommen.

### **Großbritanniens Regierung muss in Handelspolitik umdenken**

Am 17. Mai veröffentlichte der britische Think Tank Institute for Government einen Bericht („Taking back control of trade policy“) zu möglichen Richtungen der britischen [Handelspolitik](#) nach dem Brexit. Kernaussage der Studie ist, dass britische Ministerien trotz der Gründung eines neuen trade departments nicht ausreichend dafür aufgestellt sind, internationale Handelsabkommen künftig wieder eigenständig zu verhandeln. Deshalb werden am Ende Handlungsstrategien vorgeschlagen, wie Großbritannien seine Ministerienstruktur und Arbeitsweise reformieren könnte, um ein unabhängiger und mächtiger Akteur im internationalen Handel zu werden. Institute for Government schlägt beispielsweise die Einbindung von Beamten in die Handelspolitik vor, die departmentübergreifend arbeiten und mit Unternehmen und der Öffentlichkeit in engem Kontakt stehen. Dies wäre ein Novum in der Arbeitsweise von britischen Ministerien. Zudem fordert der Think Tank Handelsabkommen mit den verbleibenden EU-Staaten zu priorisieren, noch vor der Aushandlung von Abkommen mit Drittstaaten und den USA.

## **EU Bürger unterstützen harte Linie der EU bei Brexit- Verhandlungen**

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament hat am 12. Mai eine [Studie](#) zu präferierten Verhandlungslinien der EU-Bürger während der Brexit- Verhandlungen vorgestellt. Insgesamt wurden in Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, den Niederlanden, Polen, Rumänien, Spanien und Schweden jeweils ca. 1000 Bürger befragt. Im Kern bestätigt die Studie, dass eine breite Mehrheit aller Befragten die verabschiedeten Verhandlungsleitlinien der EU unterstützen. So sind beispielsweise 78 Prozent dafür, die zukünftigen Interessen der Gemeinschaft der 27 verbleibenden Mitgliedsstaaten zur Hauptpriorität zu machen, während nur 22 Prozent den Fokus auf die Verhandlung besonderer wirtschaftlicher Beziehungen mit Großbritannien legen würden. Laut der Umfrage sollten die vier priorisierten Ziele während den Verhandlungen sein: „Die zukünftigen Volkswirtschaften der verbleibenden Mitgliedsstaaten schützen“ (92%) „Die verbleibenden Märkte fördern, um finanzielle Stabilität zu garantieren“ (91%), „Langfristige Ziele der EU vor wirtschaftlich kurzfristigen Zielen priorisieren“ (89%), „Sicherstellen, dass UK für finanzielle Verpflichtungen vor dem Austritt aufkommt“ (88%).

## **EU Unternehmen wollen sich aus Großbritannien zurückziehen**

Laut einer Studie des Chartered Institute of Procurement & Supply ([CIPS](#)) gibt es erste Anzeichen dafür, dass Unternehmen mit Sitz in der EU nach alternativen Zulieferern suchen, um sich bereits auf die Zeit nach dem Brexit einzustellen. Von insgesamt 2000 befragten Zulieferkettenmanagern gaben 46 Prozent an, sie suchen bereits aktiv nach lokalen Zulieferern. Umgekehrt suchen zurzeit nur 32 Prozent aller befragten britischen Manager nach Alternativen zu ihren Zulieferern aus Europa. Europäische Manager zeigten sich insgesamt zuversichtlicher, dass sie den Herausforderungen von sich verändernden Zöllen und Währungsschwankungen durch Verlagerung ihrer Zulieferketten nach Europa begegnen können.

## **Ressourcen**

Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: [brexit@buergerservice.bund.de](mailto:brexit@buergerservice.bund.de)